

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Jahresteuierung vorerst stabilisiert: 2,3 Prozent

(AP) Die Teuerung hat im März vor allem wegen gestiegener Preise für Ausländgüter um 0,3 Prozent angezogen. Die Jahresteuierung stabilisierte sich dennoch auf dem Vormonatsstand von 2,3 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Montag mitteilte. Die anziehenden Benzinpreise und SBB-Tarife dürften im April zu einem stärkeren Preisschub führen.

Der Landesindex der Konsumentenpreise stieg im März gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent auf 114,2 (Dezember 1982 = 100) Punkte. In der Jahresfrist betrug die Teuerung wie im Vormonat 2,3 Prozent verglichen mit einer Jahresrate von 1,9 Prozent im März 1988.

Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) hat inzwischen seine Teuerungsprognose leicht nach oben korrigiert. Nachdem zu Jahresbeginn noch mit einer mittleren Teuerung von 2,8 oder 2,9 Prozent gerechnet worden war, wird nun mit einem Anstieg auf die Drei-Prozent-Marke gerechnet.

## Der andere Gesichtspunkt der Angelegenheit

Ungerechtfertigte Vorwürfe des «Liechtensteiner Vaterland» im Zusammenhang mit dem Landtagspräsidenten

Das «Liechtensteiner Vaterland» versucht in seiner Ausgabe vom Samstag (8. April 1989) die Schuld an der Veröffentlichung der Vorkommnisse «über einen in Leeds gegen den Landtagspräsidenten Dr. Karlheinz Ritter erlassenen Haftbefehl» (Originalton «Vaterland» dem VOLKSBLATT anzulasten. Damit wird der Eindruck erweckt, als ob das VOLKSBLATT die «Kampagne» gegen den Landtagspräsidenten ausgelöst habe, obwohl jedermann weiss, dass die Mitteilung in der ausländischen Presse erfolgt ist und ein Grossteil unserer Bevölkerung schon vorher aus ausländischen Medienberichten davon Kenntnis hatte.

Das VOLKSBLATT hat die Meldung des «SonntagsBlick» nicht übernommen, sondern ersuchte den Landtagspräsidenten um eine Stellungnahme in dieser Angelegenheit. Diese Stellungnahme erschien wörtlich in der Dienstag-Ausgabe des VOLKSBLATT vom 4. April 1989. Dem Landtagspräsidenten wurde Gelegenheit gegeben, Klarheit in dieser Angelegenheit zu schaffen.

### Heikle Fragen blieben offen

Dazu waren seine Erklärungen nicht angetan. Die heiklen Fragen blieben offen. Das «Liechtensteiner Vaterland» versucht daher, von der Sache

abzulenken und von einem gezielten Vorgehen des VOLKSBLATT gegen den Landtagspräsidenten Dr. Karlheinz Ritter zu sprechen.

Die Urheber, gegen die er strafrechtlich vorgehen will, das weiss er, sitzen im Ausland – und er wird sie wohl kennen. Diese rechtlichen Schritte kommen zu spät. Das Ansehen unseres Landes hat bereits gelitten. Dagegen hätte er früher etwas unternehmen können, denn es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass Dr. Karlheinz Ritter als Landtagspräsident anders in der Öffentlichkeit dasteht als irgendein Rechtsanwalt, der im Treuhandwesen tätig ist.

### Auch unser Land betroffen

Ebenso naheliegend ist, wenn die ausländische Presse sich seiner Person annimmt, dass dann insbesondere das Präsidentenamt interessiert. Davon ist auch unser Land betroffen. Das zeigt der vorliegende Fall mit aller Deutlichkeit. Es kann daher niemand im Lande ein Interesse daran haben, dass ein hoher Repräsentant des Staates, wie es Dr. Karlheinz Ritter als Landtagspräsident ist, in die Schlagzeilen der ausländischen Presse gerät.

Im Gegenteil, denn auch Liechtenstein ist als Staat mitbetroffen. Vorsorge treffen, dass dies nicht geschieht, muss er selber – und zwar rechtzeitig.

## KOMMENTAR

Die VU-Oberen bleiben nach den Wahlen von einer gewissen Nervosität behaftet, was nicht weiter verwundert, denn nach dem Verlust der absoluten Mehrheit droht nun auch Ungemach aus dem Ausland. Und immer dann, wenn den zu «Staatsmännern» aufgebauten VU-Exponenten ein etwas steiferer Wind ins Gesicht bläst, drängt es sie offenbar zur Offensive, getreu nach dem Wahlspruch: Warum denn gleich sachlich, wenn es persönlich auch geht?

In einem sogenannten Kommentar, hinter dem sich jemand versteckt, der seinen Namen nicht preisgeben sich getraut, wird uns eine Kampagne gegen den Landtagspräsidenten vorgeworfen, begleitet von der Unterstellung, «ohne Kenntnis der genauen Fakten aus dieser Angelegenheit mit privatrechtlichem Charakter eine sogenannte Staatsaffäre zu machen.»

Also etwas muss an der Sache sein, denn sonst würden die VU-Oberen in diesem Beitrag nicht von einer «Angelegenheit mit privatrechtlichem Charakter» sprechen. Und die Frage, ob sich denn der private Bereich, wenn er in die Schlagzeilen der Weltpresse gerät, ohne weiteres vom Amt des Landtagspräsidenten trennen lasse, muss sie ungeheuer gestochen haben. Wahrscheinlich sind sie immer noch der Auffassung, dass das Treffen zwischen ihnen und dem Staatsgerichtspräsidenten, aus dem der gerichtlich be-

### Warum denn gleich sachlich?

legte Ausspruch des Parteipräsidenten Hasler («Ein Urteil musste hinaus, gleich wie») stammt, ebenfalls reinen privaten Charakter hatte. Weil die Beweisführung für diese Auffassung so schwierig sein dürfte, wollen sie offenbar gleich zu Beginn einer neuen «Angelegenheit» den privaten Rahmen der scheinbar nicht ohne Risiko behafteten Geschäftstätigkeit des Rechtsanwalts und Landtagspräsidenten unterstreichen. Auch wenn man dem obersten Repräsentanten unseres Landtags keine böse Absicht unterstellt, was wir bekanntlich auch nie gemacht haben, eine fein säuberliche Trennung zwischen privater Tätigkeit und Funktion als Parlamentspräsident wird nicht möglich sein.

Also unternehmen die VU-Oberen erneut den Versuch, von der eigentlichen Sache abzulenken, indem sie den Verbreitern der Nachricht über die «Angelegenheit» eine Hetzkampagne in die Schuhe schieben: Nicht der Täter ist der Täter, sondern die Medien sind die Schuldigen, die es wagen, über die Verwicklung des Landtagspräsidenten in nicht reibungslos ablaufende Geschäfte die Bevölkerung zu informieren. Dass bei dieser Kampagne gegen die Medien das «Liechtensteiner Vaterland» an vorderster Stelle mitspricht, ist für eine Zeitung, deren Redaktoren bei anderen Gelegenheiten immer schnell mit der «Ethik der Journalisten» zur Hand sind, eigentlich erstaunlich. Wer jedoch die Hintergründe etwas kennt, dem erscheint diese Kampagne nicht erstaunlich, sondern folgerichtig.

Einen Trost gibt es allerdings noch: Das «Liechtensteiner Vaterland» schreibt, ohne beizufügen, ob er das wirklich gesagt hat, dass der Landtagspräsident «am meisten interessiert an einer schnellen und eindeutigen Klärung» sei. Angenommen, dieser Ausspruch stimmt, dann wäre es wohl besser, er würde seine ganze Kraft in die Aufklärung der «Angelegenheit» stecken als seine Kraft mit Strafanzeigen gegen die «Urheber» der nach seiner Definition falschen Meldungen zu verzetteln.

Wir alle, nicht nur er, sind an einer «eindeutigen Klärung» interessiert. Wollen wir sehen, ob diesmal mehr herauskommt als im Fall «Kettler».

(G.M.)

## Schaffung günstiger Wohnungen?

Ausgetrockneter Wohnungsmarkt – Vorstösse im Landtag hängig

(G.M.) – Wer eine Wohnung in unserem Land, die auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten ist, auf dem freien Wohnungsmarkt sucht, der stösst auf grosse Schwierigkeiten. Nach allgemeiner Auffassung herrscht derzeit ein akuter Wohnungsmangel, obwohl gemäss Baustatistik des Jahres 1988 bei Realisierung aller Bauvorhaben mehr als 200 neue Wohnungen entstehen werden. Im Landtag sind verschiedene Vorstösse unternommen worden, die sich mit der Wohnproblematik sowie mit verschiedenen Aspekten des Grundverkehrsgesetzes befassen. Die Regierung wird zu dieser Thematik entsprechende Berichte und Vorschläge zu unterbreiten haben.

Die Ursachen für die knappen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt sind einerseits die Zunahme der Wohnbevölkerung, auf der anderen Seite aber auch der steigende Bedarf nach Wohnraum. Die Wohlstandsgesellschaft hat es mit sich gebracht, dass der Wohnraum pro Person erheblich angestiegen ist. In den Wohnungen wohnen weniger Menschen als früher – beispielsweise gibt es Einfamilienhäuser, die nur noch von einer oder zwei Personen bewohnt werden. Die jungen Menschen können es sich früher leisten, eine eigene Wohnung zu bewohnen.

## Wirtschaftsminister Graf zurückgetreten

(AP) Der österreichische Wirtschaftsminister Robert Graf von der bürgerlichen Volkspartei (ÖVP) ist am Montag zurückgetreten. Graf begründete seinen Rücktritt in Wien mit der Art und Weise, «wie seine von Parteikreisen gewünschte Ablösung über Zeitungen betrieben» werde. Er «habe es satt, sich über Zeitungen ausrichten zu lassen, dass ich gehen soll», hiess es in seiner Erklärung. Er erwarte die Bestellung eines Nachfolgers bereits in den nächsten Tagen.

Die Volkspartei unter Vizekanzler und Aussenminister Alois Mock hat bei den letzten Landtagswahlen starke Einbussen hinnehmen müssen. Daraufhin sind Spekulationen über eine Umbildung innerhalb der ÖVP-Mannschaft in der Koalitionsregierung mit den Sozialisten aufgetaucht. Als einer der abzuhaltenden Minister war von ÖVP-Kreisen wiederholt Graf, der über keine grosse Hausmacht in der Partei verfügt, genannt worden. Innerhalb der Partei gibt es auch starke Bestrebungen, auf einem vorgezogenen Parteitag im Mai Parteichef Mock abzulösen.

Und auch die zunehmende Zahl von Ehescheidungen erhöht den Bedarf an Wohnraum, da die Teilung der Familie eine zweite Wohnmöglichkeit erfordert. Zudem entstehen, auch in unserem Land, in zunehmendem Masse Zweitwohnungen.

Was also kann getan werden, um dieser Situation zu begegnen? Grundsätzlich stehen nur zwei Möglichkeiten offen: Einmal eine Forcierung des Wohnungsbaus, zum anderen einschränkende Massnahmen im Sinne einer Rationierung des Wohnraums pro Person. Weder das eine noch das andere aber ist praktikabel, so dass nach Zwischenlösungen Ausschau gehalten werden muss.

Im Landtag waren im letzten Jahr Ansätze zu verzeichnen, die sich mit der Wohnbauproblematik beschäftigen. Die VU-Fraktion im Landtag hat eine Interpellation eingereicht, um von der Regierung in Erfahrung zu bringen, wieviel Boden von ausländischen Besitzern zurückgekauft wurde. Aufgrund der Antwort der Regierung, dass seit 1980 (seit der Änderung des Grundverkehrsgesetzes) insgesamt 96 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von knapp 40 000 Klafter in inländische Hände gelangten, wobei das Grundverkehrsgesetz in einem solchen Fall die üblichen Beschränkungen zum Bodenkauf aufhebt, reichte die VU-Fraktion eine Motion nach, um das Grundverkehrsgesetz zu ändern. Damit soll der Bodenhortung, so die VU-Absicht, ein Riegel geschoben werden.

Zudem reichte die VU-Fraktion ein Postulat ein, das die Regierung auffordert, ein Konzept mit den Gemeinden zu erarbeiten, das die Schaffung von günstigen Wohnmöglichkeiten erlaubt.

## Mobiles Radar-Fahrzeug im Einsatz

Übersetzte Geschwindigkeit als Hauptgrund für Verkehrsunfälle

(G.M.) – «Der Hauptgrund, der zu Verkehrsunfällen führt, ist nach wie vor das Lenken von Motorfahrzeugen mit übersetzter Geschwindigkeit und daraus resultierendem Nichtbeherrschen des Fahrzeuges – vielfach unter Alkoholeinfluss stehend.» Diese Auffassung vertritt der Chef der liechtensteinischen Verkehrspolizei, Herbert Meier, in einem Interview mit dem VOLKSBLATT. Die Zahl der Verkehrsunfälle ist, verglichen mit der Zunahme der Verkehrsdichte in den letzten zehn Jahren, allerdings zurückgegangen.

Mehr als 600 Verkehrsunfälle wurden im letzten Jahr von der Verkehrspolizei registriert. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich damit eine Steigerung, doch in Relation zur jährlich steigenden Verkehrsdichte könnte von einer Stabilisierung der Verkehrsunfälle, wenn nicht von einer Reduktion, gesprochen werden.

Der Leiter der Verkehrspolizei weist in seinen Antworten darauf hin, dass die Wohnbevölkerung von 1970 – 1985 um 26,8 Prozent angestiegen ist. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Motorfahrzeugbestand um 120 Prozent. Beide Faktoren trugen dazu bei, dass die Verkehrsdichte enorm zugenommen hat – und dennoch nahmen die Verkehrsunfälle zahlenmässig nicht im gleichen Ausmass zu. Auch die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle ist stark zurückgegangen: Während im Zeitraum von 1970 – 1980 noch 105 Tote auf unseren Strassen zu beklagen waren, mussten von 1981 bis heute erst 27 Verkehrstote registriert werden.

Herbert Meier, der Leiter der Verkehrspolizei, appelliert an die Verkehrs-

teilnehmer, generell mehr Rücksicht aufeinander zu nehmen. Für die motorisierten Verkehrsteilnehmer gilt nach seinen Worten vor allem die Devise: Geschwindigkeit anpassen. Die meisten Unfälle passieren nach Ermittlungen der Verkehrspolizei durch nicht den Verhältnissen angepasste Fahrgeschwindigkeit.

Das Interview mit Herbert Meier können Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe lesen.

## Franken-Abschwung hat sich beschleunigt

Zürich (AP) Der Abschwung des Schweizer Frankens im Vergleich zu wichtigen Währungen hat sich zum Wochenbeginn beschleunigt. In Zürich wurden am Montagabend für einen Dollar einen Rappen und für 100 D-Mark fast 40 Rappen mehr bezahlt als im Vorwochenabschlussgeschäft. Mit 151.75 (bisher 152.99) Prozent erreichte der handelsgewogene Aufwertungssatz des Schweizer Frankens erneut einen Jahrestiefstand.

Am Zürcher Devisenmarkt wurden am Montagabend für den Dollar 1.6570 (am Freitagabend 1.6470) Franken bezahlt. 100 DM galten 88.25 (87.86) Franken. Der Franken-Kurs bröckelte auch gegenüber andern Währungen des Europäischen Währungssystems (EWS) deutlich ab. So legten der französische Franc auf 26.10 und der niederländische Gulden auf 78.15 Franken pro 100 Einheiten zu. 1000 italienische Lire kosteten 1.202 (1.198) Franken, das britische Pfund 2.8125 (2.7982) Franken.

## Keine öffentliche Tiefgarage in der Gemeinde Balzers

Der Gemeinderat lehnt Vorschlag der Landesplanungsstelle im Ortsteil Iradug ab

Wie dem kürzlich veröffentlichten Protokoll der Sitzung vom 21. März 1989 zu entnehmen ist, hat sich der Balzner Gemeinderat im Zusammenhang mit der Baulandumlegung Iradug gegen die Errichtung einer öffentlichen Tiefgarage ausgesprochen. Die entsprechende Anregung wurde von der Stabstelle für Landesplanung gemacht.

An der Sitzung vom 14. Februar 1989 beschloss der Gemeinderat die Baulandumlegung der Parzellen Nr. 240, 241, 242, 436 und 437 gemäss Plan des Ingenieurbüros Hübert Frommelt AG, Vaduz. Die Stabstelle für Landesplanung teilte darauf mit, dass das Umlegungsgebiet in einem Ortsteil liege, der aus Sicht des Ortsbildschutzes von besonderer Bedeu-

tung sei. Grundsätzlich sollte sich daher jede Umlegung und Überbauung den vorgegebenen Baustrukturen und Baugruben orientieren, sei dies Lage, Stellung und Form der Baukörper auch in bezug zum Strassenraum, sei dies in der Schaffung von zusammenhängenden Freiräumen, sei dies in der Material- und Baugestaltung. Die Landesplanung empfahl der Gemeinde, für dieses Gebiet zusammen mit der Umlegung einen Überbauungsplan ausarbeiten zu lassen. Die Stabstelle für Landesplanung machte auch die Anregung, dass im Ortsteil Iradug eine öffentliche Tiefgarage realisiert werden sollte, da die zunehmende Verdichtung und der Ausbau der alten Bauten zu einer zunehmenden Verschärfung der Parkierungsproblematik führe. Diese Tiefgara-

ge solle auch als Zivilschutzanlage für das Gebiet Iradug genutzt werden können. Das Umlegungsgebiet würde sich topographisch gut eignen für eine unterirdische Garage, die im Baurecht oder im Stockwerkeigentum ohne wesentliche Belastung der privaten Grundeigentümer von der Gemeinde realisiert werden könnte.

Der Gemeinderat diskutierte den Vorschlag eingehend. Das Gebiet der gesamten Baulandumlegung Iradug befindet sich jedoch in Privatbesitz und wie im Gemeinderats-Protokoll nachzulesen ist, sind die Eigentümer an einem Bau der Tiefgarage nicht interessiert. Der Gemeinderat lehnte deshalb den Bau einer Tiefgarage in der Umlegung Iradug klar ab.